

17.02.2017

Die Mitte **CDU**



Liebe Freunde,

anders als sonst hat meine Woche in Berlin diesmal mit der Wahl unseres neuen Bundespräsidenten schon am Sonntag begonnen. Ich freue mich sehr für meinen Kollegen Frank Steinmeier, der sich mit seiner bodenständigen und verlässlichen Art über die Parteigrenzen hinweg viel Respekt und Sympathie erworben hat und bin überzeugt, dass er sein Amt mit Erfolg ausüben wird. Schade allerdings, dass die Union keinen eigenen Kandidaten aufgestellt hat. Mit Norbert Lammert hätten wir sicher ebenso einen Kandidaten von Format gehabt.

Auch die Parteispitzen von CDU und CSU haben sich letzte Woche in München getroffen und dort ein wichtiges Signal der Geschlossenheit und Entschlossenheit für die bevorstehende Bundestagswahl gesendet. In diesem Bewusstsein sollten wir die nächsten Monate angehen. Entscheidend wird sein, welches Angebot wir den Bürgerinnen und Bürgern für die nächsten vier Jahre machen, wie wir für einen starken Staat und eine starke Wirtschaft sorgen, wie wir die ländlichen Räume lebenswert gestalten und wie wir die internationale Lage und die EU in unsicherer Zeit mitgestalten und Orientierung geben. Die Generalsekretäre von CDU und CSU wurden in München beauftragt, den Entwurf für ein Wahlprogramm zu erarbeiten, mit dem wir uns auch inhaltlich mit dem Kanzlerkandidaten der SPD, Martin Schulz, auseinandersetzen werden. Wir sollten aber bei aller Vorbereitung auch nicht vergessen, dass es noch über sieben Monate bis Wahl sind. In den verbleibenden Sitzungswochen stehen noch wichtige und große Gesetzesvorhaben zur Beratung und Beschlussfassung an, wie unter anderem die Grundgesetzänderungen, die Maut und die Vorhaben aus dem Bereich innere Sicherheit. Hier wollen wir die Handschrift der Union deutlich machen und unser Land weiter voranbringen. Mut zu notwendigem, aber vernunftorientiertem und verlässlichem Handeln—ich bin überzeugt, dass genau hier unsere Stärke liegt!

Herzliche Grüße
Ihr/Euer

Red Hand Day 2017 im Bundestag

Am Mittwoch hat die Kinderkommission des Bundestags mit ihrer „Red Hand Day“-Aktion wieder auf das Schicksal von Kindersoldaten aufmerksam gemacht. Auch ich habe wieder bei der Aktion mitgemacht, schließlich bin ich selbst auch Vater! Mit meiner roten Hand will ich allen zeigen: Waffen gehören nicht in Kinderhände!



Laut UN sind weltweit noch rund 250.000 Kindersoldaten als Kämpfer, Träger, Nachrichtenübermittler oder Spione im Einsatz. Das sind genau 250.000 zu viel! Denn nur wenn Kinder auch Kind sein dürfen, wenn sie Bildung, Frieden und Stabilität erfahren, können auch ihnen starke, zukunftsorientierte und friedvolle Erwachsene werden! Mit der symbolischen „roten Hand“ haben sich alle teilnehmenden Abgeordneten im Zuge des Red Hand Days klar positioniert. Die Aktion findet jedes Jahr am 12. Februar statt. Vor allem Kinder und Jugendliche erinnern an diesem Tag überall auf der Welt mit öffentlichen Protesten, Demonstrationen und anderen Aktionen an das Schicksal von Kindern, die in Kriegen und bewaffneten Konflikten eingesetzt werden. Am Ende übergeben die Jugendlichen die gesammelten Handabdrücke an Politiker mit der Bitte, die Forderungen der Aktion Rote Hand zu unterstützen und gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten zu kämpfen.

Föderalismus weiterentwickeln.

In dieser Sitzungswoche beraten wir die umfassende Gesetzesänderung mit Reformen des föderalen Finanzgefüges und der Aufgabenerledigung im Bundesstaat an. Vorgesehen ist, den Ausgleich der Finanzkraft der Länder nicht wie bisher durch einen Finanzausgleich unter den Ländern vorzunehmen, sondern im Rahmen der Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer. Die Bundesregierung schlägt vor, dass sich der Bund zu einer zusätzlichen finanziellen Beteiligung bereit erklärt, die im Jahr 2020 rund 9,5 Milliarden Euro betragen wird. Alle Länder stellen sich dadurch besser und können die Schuldenbremse ab 2020 sicher einhalten. Der Stabilitätsrat wird gestärkt und überwacht die Einhaltung der Schuldenbremse zukünftig auch auf Länderebene. Daneben sind Re-

formen vorgesehen, um bestimmte Aufgaben besser und effizienter zu erledigen. Dazu gehören eine beim Bund angesiedelte Infrastrukturgesellschaft Verkehr, ein zentrales Bürgerportal für öffentliche Online-Anwendungen und eine beschränkte Mitfinanzierung der Bildungsinfrastruktur finanzschwacher Kommunen. Zudem erhält der Bundesrechnungshof zusätzliche Erhebungsrechte durch den Bund, und eine engere Koordination des bundesweiten Steuervollzugs wird eingeführt. Gelingt der Abschluss dieser Reform, besteht für Bund und Länder finanzielle Planungssicherheit für die Jahre ab 2020 bis mindestens 2030. Wir werden bei den Beratungen darauf achten, dass die Bundesinteressen gewahrt werden.

Schutz für Polizisten und Rettungskräfte weiter verbessert.

Wir setzen in dieser Woche ein unmissverständliches Signal, dass wir Gewalt gegenüber Einsatzkräften nicht hinnehmen. Rabiate Angriffe auf Polizei- und Rettungskräfte nehmen immer mehr zu. Diese Attacken sind völlig inakzeptabel. Endlich ist der Koalitionspartner auf die langjährige Forderung der Union eingeschwenkt, einen besseren Schutz nicht nur in Sonntagsreden einzufordern, sondern auch mit Hilfe des Strafrechts durchzusetzen.

Zukünftig droht Angreifern nicht nur bei sogenannten Vollstreckungshandlungen wie Festnahmen eine Strafe, sondern bereits bei allgemeinen Diensthandlungen wie dem Streifengang und der Unfallaufnahme. Zusätzlich wird eine Mindeststrafe

von drei Monaten eingeführt und der Kreis der besonders schweren Fälle erweitert. Trägt der Angreifer etwa eine Waffe bei sich, so droht auch dann eine besonders hohe Strafe, wenn er diese nicht verwenden wollte.

Die strafrechtlichen Regelungen zum besseren Schutz von Polizei- und Rettungskräften stehen in einer Linie mit weiteren Maßnahmen zur Stärkung unserer Polizei. Neben der bereits beschlossenen Schaffung von 10.000 neuen Stellen bei den Sicherheitsbehörden des Bundes (u.a. bei Bundespolizei und BKA) schaffen wir die Möglichkeit zum Einsatz sogenannter Bodycams, die Angriffe auf Bundespolizisten eindämmen sollen.

Gestiegene Ausgaben für Schüler an öffentlichen Schulen.

Jüngst veröffentlichte Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass die öffentlichen Haushalte im Jahr 2014 im Durchschnitt 300 Euro mehr für die Ausbildung eines Schülers an öffentlichen Schulen ausgaben als noch im Jahr 2013. Im Bundesdurchschnitt beliefen sich 2014 die Kosten auf 6.700 Euro pro Schüler. Die weitaus größten Aufwendungen entfielen dabei auf

das Personal, Ausgaben für die Unterhaltung von Schulgebäuden, Lehrmittel und Baumaßnahmen. Unterschiede zeigten sich auch bei den einzelnen öffentlichen Schularten. Während an allgemeinbildenden Schulen durchschnittlich 7.400 Euro pro Schüler ausgegeben wurden, waren es an beruflichen Schulen rund 4.600 Euro.

Gesetz zur Verbesserung der Beistandsmöglichkeiten unter Ehegatten und Lebenspartnern in Angelegenheiten der Gesundheitsvorsorge und in Fürsorgeangelegenheiten.

Der Gesetzentwurf des Bundesrates, den wir in erster Lesung beraten, verfolgt das Ziel, dass sich Ehegatten und eingetragene Lebenspartner im Falle einer schweren psychischen Erkrankung, Behinderung oder eines Unfalls in bestimmten Angelegenheiten ohne weitere Formalitäten vertreten können. Darunter fallen die Einwilligung in ärztliche Behandlungen und die Entgegennahme von ärztlichen Aufklärungen.

Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen.

Gleiche Bezahlung von Frauen und Männern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit muss eine Selbstverständlichkeit sein. Niemand möchte, dass seine Töchter schlechter bezahlt werden als seine Söhne. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, beraten wir in erster Lesung ein Entgelttransparenzgesetz, um das Verbot der Lohndiskriminierung in der Praxis durchzusetzen und um zu ermöglichen, dass geschlechtsbezogene Diskriminierung bei der Bezahlung leichter erkannt und beseitigt werden kann.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 24

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Marlen Homeyer